Bezirksverband der GEW · 60313 Frankfurt · Bleichstraße 38a

D 6402 F
Postvertriebsstück · Gebühr bezahlt

16. Juni 2015

FLZ

ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

# Die Streikzeitung

*Mit Selbstbewusstsein für unsere berechtigten Forderungen eintreten*

*Ohne Druck geht auch bei den ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen nichts! 16.000 auf der Streikdemo am 28.5.2015 auf dem Römerberg in Frankfurt*

## 16. Juni 2015 – Aufstehen gegen die Ungerechtigkeit! GEW ruft zum Warnstreik der beamteten Lehrkräfte auf

**Nur in Hessen müssen Beamte noch 42 Stunden die Woche arbeiten.**

**Nur in Hessen will die Landesregierung diese Sonderbelastung auch noch mit 18 Monaten Nullrunde „honorieren“.**

**Diesen Dreistigkeiten müssen wir eine passende Antwort erteilen, DENN:**
**Auch die Gerichte sagen inzwischen: Streikrecht ist Menschenrecht... ... auch für Beamte!**

**Unseren Forderungen nach**

- Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde für alle und
- vollständiger Übertragung des Tarifergebnisses TV-H auf die Beamtinnen und Beamten

**müssen wir angesichts der Blockade auf Arbeitgeberseite größtmöglichen Nachdruck verleihen.**

**Dafür gibt es mehr als genug gute Gründe, nämlich:**

- Rückkehr zur 40-Std.-Woche, die uns vor 12 Jahren genommen wurde
- Ausgleich immenser Mehrbelastungen seit mehr als 10 Jahren
- Anpassung an die Arbeitszeit der Lehrkräfte anderer Bundesländer
- Anpassung an die durchschnittliche Gehaltsentwicklung der Gesellschaft
- Abkehr von einer Steuerpolitik des Einnahmenverzichts gegenüber der Seite der Vermögenden
- Abbau der Unterfinanzierung des Bildungswesens
- Anerkennung unserer Professionalität als Lehrkraft.

### 16. Juni 2016 – Der Ablauf

**8 Uhr:** Sammlung an der Schule und gemeinschaftliche Fahrt zum DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße (Nähe Hauptbahnhof oder gleich Treffen um 8 Uhr im DGB-Haus zum Streikfrühstück.

**Ab 9.30** Aufbruch zum Hauptbahnhof und Fahrt mit S-Bahn/Regionalzug nach Wiesbaden (S 1, S 8, S 9 ab 9.42, 9.47, 10.02 Uhr usw. mit Gruppenkarte)

**Ab 10.30** Sammlung am Wiesbadener Hauptbahnhof und erste Kundgebung. Anschließend Marsch zum „Dernschen Gelände“ (Nähe Landtag).

**12 Uhr** Beginn der Kundgebung der ÖD-Gewerkschaften „Für einen handlungsfähigen Staat“

**14 Uhr** Ende der Veranstaltung in Wiesbaden.

**15.6.2016: Abgabe der Streikliste an die Schulleitung**

**Wir lassen uns nicht abhängen**

# Wir lassen uns

## Denn genau dies versucht die hessische Landesregierung:

**Bouffier/Al Wazir pokern hoch. Denn sie wissen, dass selbst die Gerichte eine einseitige Nullrunde für Beamte nicht akzeptieren.**

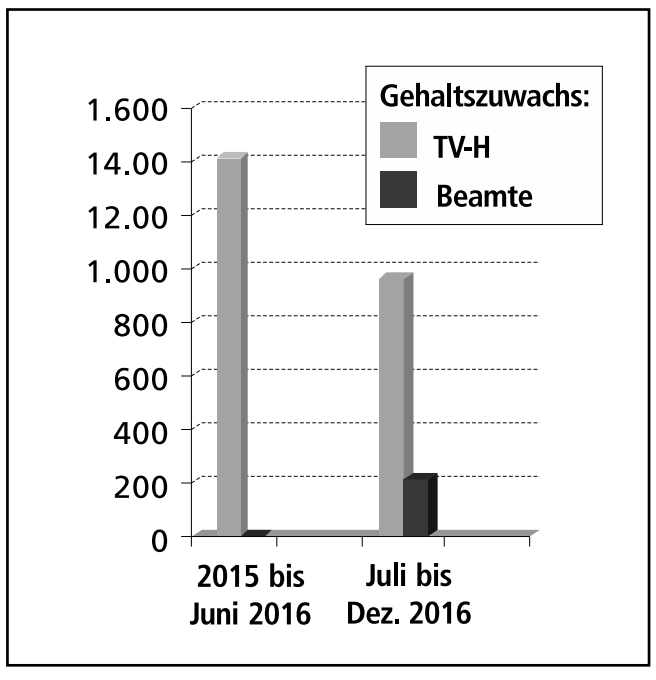
So hat das Bundesverwaltungsgericht vom 27.2.2014 festgestellt, dass bei der Beamtenbesoldung die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst „in den Blick zu nehmen" seien.

Erst jüngst hat auch das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 5.5.2015 festgestellt, dass „eine deutliche Differenz zwischen der Besoldungsentwicklung und den Tarifergebnissen der Angestellten im öffentlichen Dienst in dem jeweils betroffenen Land" als Parameter für eine mögliche Verletzung des „Alimentationsprinzips" gewertet werden müsse.

Allerdings darf man sich von einem Gericht keine bezifferbare Entscheidung erhoffen, weil dem Gesetzgeber ein weiter Entscheidungsspielraum eingeräumt wird.

Bouffier und Al Wazir pokern also hoch, weil sie anscheinend abwarten wollen, ob und wie der Druck auf die beamteten Lehrkräfte sich in Widerstand verwandelt. Und wie weit sie zu Korrekturen gezwungen sein werden.

**Beim momentanen Stand der Auseinandersetzung werden den beamteten Lehrkräften gegenüber dem Tarifvertrag Hessen allein beim Gehalt mehr als 2.000 Euro bis Ende 2016 vorenthalten.**




Die folgende Rechnung am Beispiel A 12 Stufe 4 (3.603 Euro Grundgehalt 2014) zeigt dies:

**Das Ergebnis der Tarifauseinandersetzung** um den Tarifvertrag Hessen (TV-H) nach 2 Warnstreiks am 11.3.2015 und 13.4.2015 (Gehalt):

- Einkommenssteigerung von 2,0% ab 1.3.2015 und
- weitere Erhöhung um 2,4% ab 1.4. 2016, mindestens 80 Euro

Das Gesamtvolumen entspricht in etwa dem TV-L: **+ 4,6% in 2 Jahren.**

**Für die beamteten Lehrkräfte soll es nach dem Willen der hessischen Landesregierung bis zum 1.7.2016 eine Null-Runde geben.**

Bezogen auf ein monatliches Bruttogrundgehalt von 3.602 Euro (A 12 Stufe 4) werden **den beamteten Lehrkräften so von März 2015 bis Juni 2016 1.416 Euro vorenthalten**.

Für das letzte halbe Jahr 2016 sollen die Beamten dann 1% plus erhalten, was in den 6 Monaten zusammen 216 Euro ausmachen würde. **Vorenthalten werden ihnen dann die im TV-H gewährten Erhöhungen von zusätzlich 744 Euro.**

**Zusammengenommen** verweigert die hessische Landesregierung den beamteten Lehrkräften **also rund 2.160 Euro bis Ende 2016.** (So lange läuft der jetzt abgeschlossene TV-H)

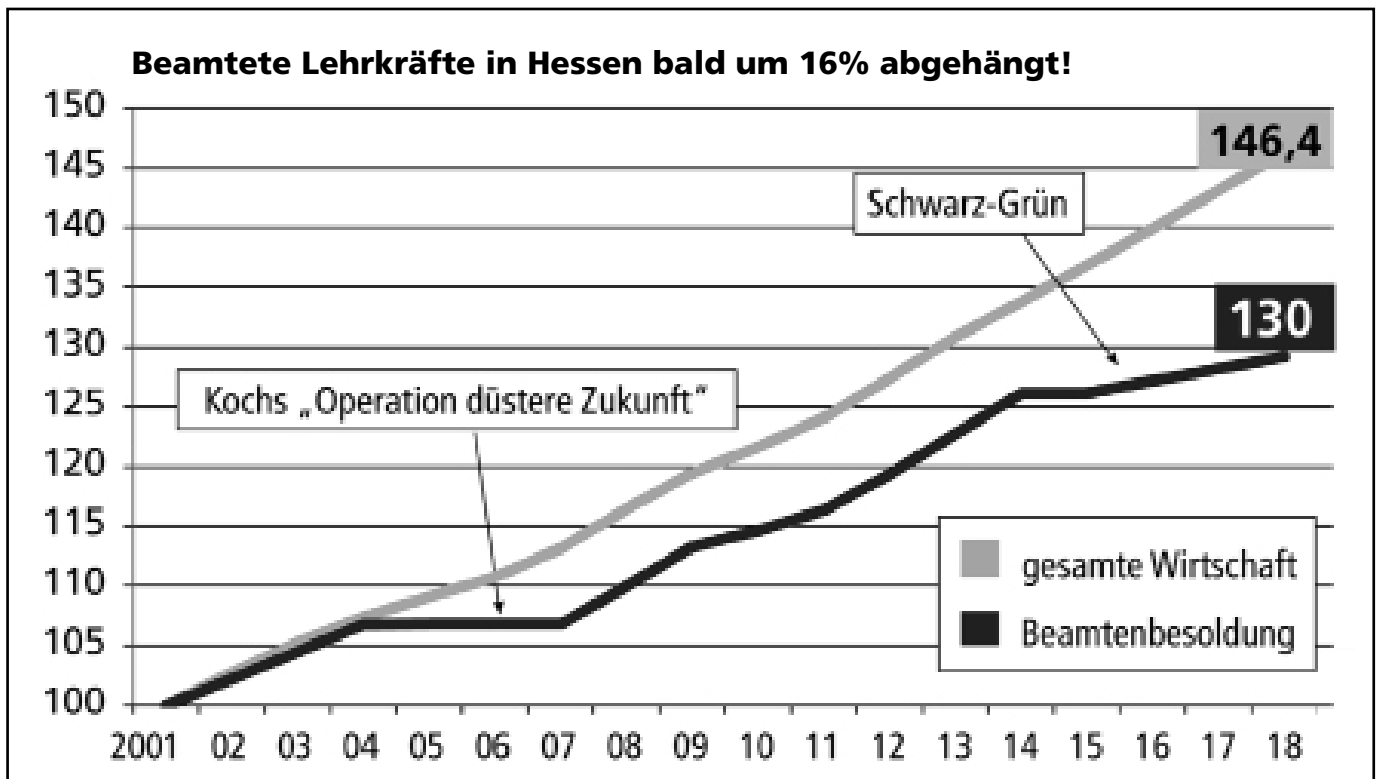
Bei A 13 Stufe 4 beträgt die verweigerte Übertragung über 2.400 Euro.

## CDU – Grüne wollen hessische Beamte bis 2018 weiter abhängen!

Bereits unter Ministerpräsident Kochs Aktion „Düstere Zukunft" 2003 wurden hessische Beamte durch "Nullrunden" gegenüber dem Gehaltsdurchschnitt der gesamten Wirtschaft um rund 7% abgehängt.

**Bleibt es bei dem Plan von Schwarz-Grün, wären Hessens beamtete Lehrkräfte bis zum Ende der Legislatur 2018 um 16% gegenüber dem Durchschnitt der Tarifgehälter in der deutschen Wirtschaft abgehängt!**

Hier geht es nicht um Peanuts, sondern beispielsweise bei einem A-13 Gehalt um eine monatliche Differenz von 600 bis 800 Euro.



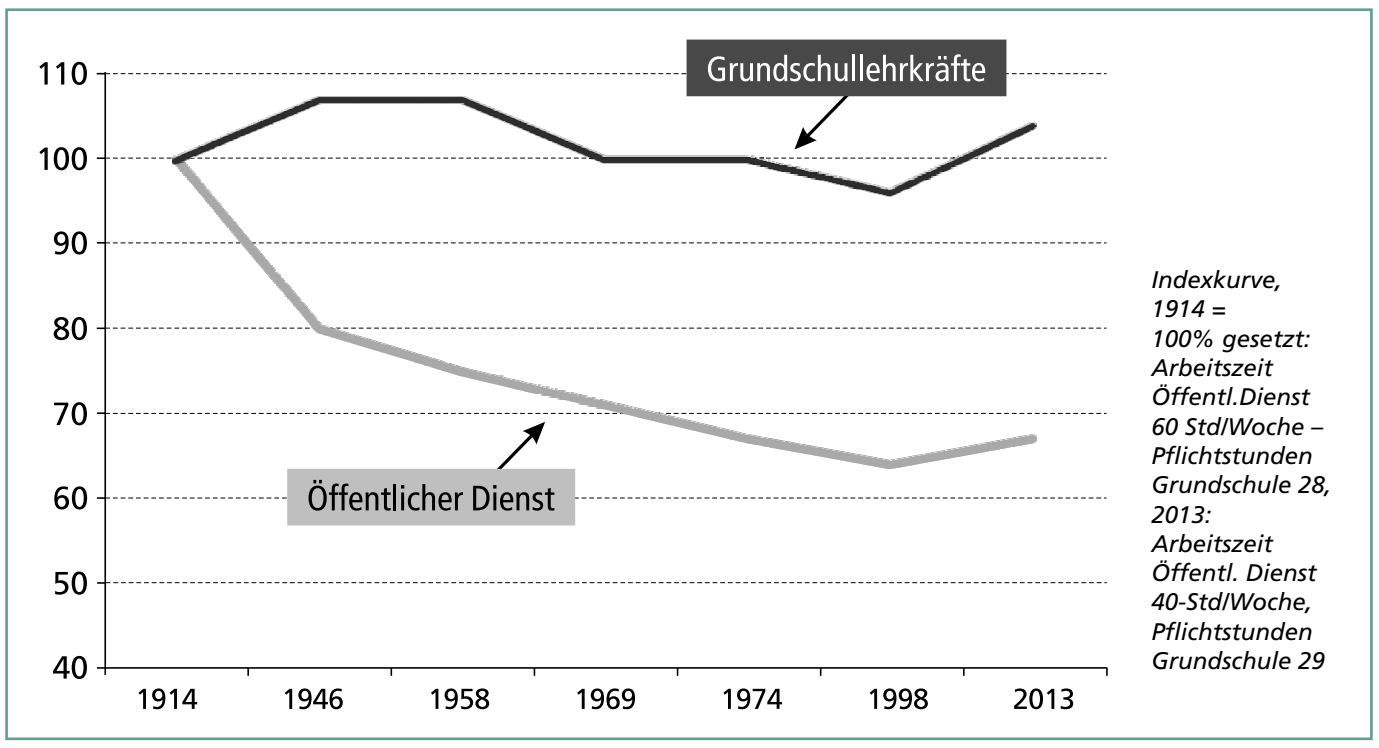

*Vergleich durchschnittliche Gehaltsentwicklung in Deutschland mit der hessischen Beamtenbesoldung am Bsp. A13 2011 bis 2015, Prognose bis 2018, in Prozent – Quellen: WSI-Tarifarchiv, Statistisches Jahrbuch*

# nicht abhängen

## 100 Jahre Stillstand der Arbeitszeit

### Sämtliche Arbeitszeitverkürzungen der vergangenen 100 Jahre sind an den Lehrkräften vorbeigegangen

In den letzten 100 Jahren konnte durch die Steigerung der Produktivität die Arbeitszeit in der Gesamtwirtschaft stark reduziert werden. Auch im Öffentlichen Dienst wurde die Arbeitszeit um rund ein Drittel von 60 auf 40 (teils sogar 38,5) Stunden pro Woche verkürzt. Nicht so bei den Lehrkräften. Grundschullehrkräfte arbeiten heute sogar noch länger als vor 100 Jahren!




**Wären die Lehrkräfte bei der Arbeitszeitverkürzung nicht außen vorgeblieben, müsste die Stundenverpflichtung heute unter 20 Wochenstunden betragen!**

### Auch die Arbeitszeitverkürzung von 2010 ist an den Lehrkräften vorbeigegangen

**Während Kochs Arbeitszeitverlängerung aus der Aktion „Düstere Zukunft" für die Angestellten im öffentlichen Dienst Hessens 2010 wieder zurückgenommen wurde (Rückkehr zur 40-Std-Woche und teilweise zur 38,5-Std-Woche), blieb es für die Beamten in Hessen – einmalig unter den Bundesländern – bis heute bei der Verlängerung auf 42 Std. pro Woche. Bei den Lehrkräften (und zwar wegen der Maßgeblichkeit der Pflichtstunden-Verordnung bei angestellten und beamteten) blieb es bei der Mehrarbeitspflichtstunde, wenn man von der Einführung eines „Lebensarbeitszeitkontos" einmal absieht!**

**Deshalb fordern wir in dieser Besoldungsrunde auch die Rückgabe der den Lehrkräften geklauten „Koch-Stunde" durch eine veränderte Pflichtstunden-Verordnung.**

### CDU-Grüne wollen uns für dumm verkaufen: Der Anschluss an die Tarifergebnisse sei „nicht finanzierbar" ist ein Märchen

***Dazu Innenminister Beuth unbeirrt:*** *Auf die rund 95.000 Beamtinnen und Beamten im Land könne das Ergebnis des TV-H nicht übertragen werden.* ***Das lasse auch die Schuldenbremse nicht zu!*** *(FR 16.4.2015)*

## Nur in Hessen bleibt es bei Nullrunde und Lohnkürzung!

- **Trotz deutlich wachsender Steuereinnahmen!**
  - 2014 bundesweit 18 Mrd. Euro Mehreinnahmen, davon der Bund allein 11,4 Mrd. Euro
  - Hessen kann 2015 mit 1 Mrd. Euro mehr Steuereinnahmen rechnen als 2014; seit 2011 sind die hessischen Steuereinnahmen um 18,5% von 14,3 auf 17 Mrd. Euro gestiegen – und das nach Abzug des Länderfinanzausgleichs !
- **Trotz wachsender Tariflöhne im Bundesdurchschnitt**
- **Trotz moderater Ausgabenentwicklung**
- **Trotz konjunktureller Gegenargumente**

# Wir lassen uns nicht abhängen

## Befehlsempfänger-Status nicht (mehr) mit Menschenrechten vereinbar

*Bundesverwaltungsgericht*
*Foto: WikiCommons*

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig stellte in seinem Urteil vom 27.2.2014 fest, dass das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte ohne hoheitliche Aufgaben mit den Grundsätzen der europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar ist.

Für rechtliche Maßnahmen gegen einen Streik von beamteten Lehrkräften stehen der Landesregierung kaum Mittel zur Verfügung, denn die Verwaltungsrechtsebene ist zu unseren Gunsten ausgereizt.

Das Bundesverfassungsgericht wird in absehbarer Zeit ähnlich entscheiden wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Hessen ist jetzt das einzige Bundesland mit einer „Null-Linie" gegenüber seinen Beamten!

Alle anderen Bundesländer haben inzwischen die Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich übernommen oder werden dies tun, teilweise mit zeitlicher Verzögerung, vier Bundesländer 1 zu 1.

Nicht nur hessische Politiker schauen auf die hessischen Lehrkräfte, auch die anderen 15 Landesregierungen, die den hessischen Sonderweg nicht gegangen sind, sehen gespannt auf den 16. Juni 2015.

Für sie stellt sich die Frage, ob die hessische Landesregierung mit ihren Zumutungen bei Arbeitszeit und Gehalt doch die Oberhand behält. Sie alle werden den Widerstand der beamteten Lehrkräfte auch in ihr Verhalten gegenüber den eigenen Beschäftigten für die Zukunft einkalkulieren.

## Eine Frage der Selbstachtung

**Zur Mehrbelastung der Lehrkräfte äußerte sich Kultusminister Lorz wie folgt:**

„… dass sich in einer immer weiter entwickelnden Gesellschaft Aufgabenfelder verändern und an den Einzelnen teilweise höhere Anforderungen gestellt werden als noch vor zehn oder 20 Jahren, ist – auch wenn man es bedauern mag – eine Begleiterscheinung der Postmoderne …..
Gleichwohl bleibt festzustellen, dass der Großteil der in den Überlastungsanzeigen dargestellten Tätigkeiten durchaus zu den Regelaufgaben von Lehrkräften gehört….."
(aus der Beantwortung der Kleinen Anfrage der SPD vom 18.7. 2014)

**So kommen die Lehrkräfte im Denken des Kultusministers vor:**

**als willenlose Manövriermasse.**

**Klären wir Lorz darüber auf, dass auch der Beamtenstreik zur Postmoderne gehört!**

**FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung** · **Herausgeber:** Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB · Bleichstraße 38a · 60313 Frankfurt · Tel.: 069 – 29 18 18 · Fax: 069 – 29 18 19
E-mail: info@gew-frankfurt.de **Redaktion:** Herbert Storn **Druck:** ORD - Oberhessische Rollen-Druck GmbH